Polizeigewerkschaft: Alarmbrief

REGION ▪ Vertreter der Gewerkschaft der Polizei (GdP) fordern in einem Alarmbrief ihre örtlichen Landtagsabgeordneten dazu auf, sich bei den anstehenden Beratungen über den Haushalt 2019 für eine gerechtere Bezahlung aller MitarbeiterInnen im Polizeibereich sowie für notwendige Investitionen für Sachmittel und Sicherheitsausstattung einzusetzen.

Detlef Martin von der GdP-Kreisgruppe Northeim weist darin darauf hin, dass die Polizei in Niedersachsen auf Dauer eine bessere Besoldung bieten müsse, wenn sie als Arbeitgeber attraktiv und konkurrenzfähig bleiben wolle. „Seit Jahren schon" liege die Bezahlung der niedersächsischen BeamtInnen im Vergleich zu anderen Bundesländern an der unteren Grenze. „Gut, dass jetzt mehr Polizisten eingestellt werden sollen. Gute Leute bekommt man aber auch nur mit guter Bezahlung und moderner Ausstattung!" GdP-Bezirksgruppenvorsitzender Ralf Hermes wünscht sich von allen Fraktionen im Landtag, dass bereits im Haushalt 2019 konkrete Schritte eingeleitet werden, die Einkommenssituation gerade der Basiskräfte in der Polizei zu verbessern und unterbreitet Vorschläge: Es müsse sich angesichts der guten Arbeit vor Ort für alle Beschäftigten jetzt etwas tun. Sei es die Wiedereinführung des Weihnachtsgeldes oder die Erhöhung von Zulagen bzw. zusätzliche Beförderungsstellen. Gute Arbeit müsse belohnt werden. Hermes führt weiter aus, dass landesweit im Bereich der Sachausstattung, der Liegenschaften und in der Sicherheitsausrüstung der Einsatzkräfte die Finanzplanungen für 2019 „unzureichend" seien. Hier entwickele sich ein „richtiges Stimmungsrisiko".

Es könne nicht sein, dass angesichts der Sicherheitslage gute Ausrüstungskonzepte erstellt würden, dann aber das Geld für die Umsetzung nicht bereit gestellt werde. Die GdP-Vertreter setzen jetzt auf Gespräche mit den heimischen Landtagsabgeordneten, um persönlich über verschiedene Konfliktpunkte informieren zu können.

Detlef Martin, Vorsitzender der GdP-Kreisgruppe Northeim: Seit Jahren schon liegt die Bezahlung der Polizei in Niedersachsen an der unteren Grenze."